

INTERGLOBAL

NIEDERLANDE

Das Dorf, die Angst und die Hetze

Tobias Müller

Wer in den Niederlanden einen Asylantrag stellen will, muss nach Ter Apel. Wer den jüngsten Erdbebenstich der Rechtspopulisten verstehen will, ebenfalls. Über einen Ort, der zum Symbol für die eskalierende Asyldebatte des Landes geworden ist.

Mehr in der Peripherie als Ter Apel kann ein Ort in diesem Land nicht liegen. Die großen Städte im westlichen Teil liegen gut 200 Kilometer entfernt. Stundenlang dauert die Anreise mit der Bahn, in Zügen mit immer weniger Waggons. Es geht dunstige Felder entlang, und schließlich mit dem Bus vorbei an einem schnurgeraden, dunklen Kanal. 10.000 Menschen wohnen hier im äußersten Nordosten des Landes, am strukturschwachen Rand der Provinz Groningen, kurz vor der deutschen Grenze. Ein Ort, möchte man meinen, an dem sich „Fuchs und Hase gute Nacht“ sagen. Und doch redet das ganze Land über Ter Apel, immer wieder.

Zuletzt im Dezember vergangenen Jahres. Da lautete die Schlagzeile: Das Anmeldezentrum, in dem sich alle registrieren müssen, die in den Niederlanden Asyl beantragen wollen (siehe Artikel „Die umgedrehte Flagge“ in woxx 1703), ist voll, wieder einmal. Für 2.000 Menschen ist dort Platz, die nach ihrer Registrierung über das ganze Land verteilt werden sollen. Doch bis zum Jahresende fehlte es an 4.000 Schlafplätzen, so Eric van der Burg, Staatssekretär für Asyl und Migration in Den Haag. Einmal mehr rief er die Kommunen auf zu helfen, einmal mehr verweigerten viele dies. Weil doch noch einige einsprangen und auch Hotels Betten bereitstellten, brauchte diesmal niemand auf dem Boden vor dem Eingang des Zentrums zu übernachten.

Für Laura Bossink bedeutete das zunächst einmal, dass sie aufatmen kann. Doch von wirklicher Entspannung für die lokale Sprecherin des „Centraal Orgaan opvang asielzoekers“ (Zentrale Behörde zum Empfang der Asylsuchenden; COA), die zuständig für die Unterbringung von Asylbewerber*innen ist, kann keine Rede sein. „Gerade habe ich die aktuellen Zahlen bekommen“, sagt sie und blickt auf ihr Telefon. „Gestern mussten wir 2.150 Personen unterbringen.“ An einem Morgen des angebrochenen Jahres steht Bossink unter dem Vordach eines Wohnkomplexes aus rotem Backstein. Es regnet in Strömen, doch die Erstunterkunft wirkt

auf den ersten Blick nicht abweisend. Die zweistöckigen Gebäude, in denen jeweils acht Menschen kurzfristig verbleiben können, erinnern an eine Reihenhaussiedlung.

Weniger Flüchtlinge als erwartet

Dahinter jedoch verbirgt sich das, was Bossink einen „permanenten Krisenzustand“ nennt, und den zu modernisieren ihr Job ist. Daher empfängt sie in diesem Winter ab und an Medien auf dem eigentlich nicht zugänglichen Gelände. „Wir wollen die Situation hier zeigen“, sagt sie und weist auf die zusätzlichen Baracken, die wegen der latenten Überfüllung zwischen den Wohnhäusern aufgerichtet worden sind. In der einen warten ausschließlich Männer, in der anderen Familien darauf, sich registrieren zu lassen. Wann das geschehen wird und wo man ihnen am Abend ein Bett zuweisen kann, wird sich im Laufe des Tages zeigen.

Das Problem von Ter Apel ist eigentlich simpel. „Im Moment kommen mehr Menschen an, als untergebracht werden können“, heißt es auf der COA-Website, weshalb man nach „strukturellen Lösungen“ suche. Die Behörde erfasst die Situation mittels technischer Begriffe wie „instroom“ (Zufluss) und „uitstroom“ (Abfluss). Dass die Anzahl der Zugänge die der Abgänge überwiegt, liegt allerdings nicht an einem „Asyl-Tsunami“, wie ihn der Rechtspopulist Geert Wilders immer wieder beschwört. Die Zahlen sprengen nämlich keinesfalls die Erwartungen. Vergangenen November ging die Regierung in ihrer Bilanz von insgesamt rund 68.000 Menschen aus, die im Jahr 2023 einen Antrag gestellt haben beziehungsweise noch stellen würden. Zu Jahresbeginn hatte man über ein Zehntel mehr Personen, nämlich 76.000, erwartet. Das Problem rührt daher, dass es an Unterkünften im Lande mangelt – etwa weil Kommunen entsprechende Einrichtungen geschlossen haben oder keine zusätzlichen eröffnen wollen. Und noch etwas fehlt, wie Laura Bossink sagt: „Wohnungen für Menschen, die anerkannt wurden. Die bleiben dann in den Asylwohnheimen.“ Vergangenen November waren 16.000 Personen von diesem Mangel betroffen.

Für diese Zusammenhänge fehlt in den politischen Debatten oft der Platz oder sie werden aus interessierten Gründen unterschlagen. Stattdessen wird die durch eine jahrzehntelange neoliberale Politik hervorgerufene

soziale Misere gewohnheitsmäßig mit dem Thema Asyl verknüpft. Wilders, dessen „Partij voor de Vrijheid“ (Partei für die Freiheit; PVV) Ende November mit großem Vorsprung die Parlamentswahlen gewann, hetzte Anfang 2023 gegen „Asylbewerber, die sich jeden Tag vollfressen, während unsere Alten im Heim 100 Gramm Fleisch und 150 Gramm Gemüse täglich bekommen.“ Im Herbst zeterte er, Asylsuchende würden auf Luxus Schiffen untergebracht, mit „gratis Heizung“ und medizinischer Versorgung, während Einheimische jahrelang auf eine Wohnung warteten und kaum die Energiekosten stemmen könnten. Titel seiner Videobotschaft: „Voll ist voll.“

Politisch gewollter Notstand

Das Anmeldezentrum Ter Apel ist das Symbol dieser Debatten. Das weiß auch Laura Bossink, die es als Aufgabe ihrer Behörde ansieht, denen, die hier ankommen, Warten und Ungewissheit so komfortabel wie möglich zu machen, „wenn das denn möglich ist“. Zustände wie im Spätsommer 2022, als Hunderte Menschen vor dem Eingang auf dem Boden schlafen mussten und die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ wegen des hygienischen und medizinischen Notstands ein Team schickte, gibt es derzeit nicht, doch die Bilder dieser Zeit haben sich ins Gedächtnis der Menschen gebrannt. „Ter Apel ist wie ein Flaschenhals“, meint die COA-Sprecherin und erzählt von einem Mann, der ihr kürzlich per Übersetzungs-App mitgeteilt habe, er warte seit neun Tagen auf ein Bett in einer Notunterkunft.

Die Probleme bei der Unterbringung verweisen auf die tieferliegende Ursache für die Verweigerungshaltung vieler Kommunen: Die Forderung nach weniger Asylbewerber*innen ist längst ein Konsens, der bis weit in die Mitte der niederländischen Gesellschaft reicht. Bei einer kurz vor den Wahlen gemachten Umfrage sprachen sich 80 Prozent der Teilnehmenden in diesem Sinne aus. Inzwischen weiß man, dass Wilders' PVV vor allem aus diesem Grund gewählt wurde. Gut 24 Prozent bekam sie landesweit, in der Kommune Westerwolde, zu der Ter Apel zählt, waren es 33, in vier der fünf Wahlbüros des Dorfes mehr als 40.

Wenn man mit Laura Bossink hieher spricht, legt sie Wert auf Nuancen. „Ich habe eine Weihnachtskarte bekommen, von Menschen, die sich für unsere Arbeit bedanken, und die sich für die Art der Unterbringung von Asylsuchenden in diesem Land schämen.“ Hetzerische Social-Media-Berichte im Stil von „voll ist voll“ oder die Forderung nach einem „Asyl-Stopp“, betreffen nur einen Teil der Bevölkerung. Doch auch der COA-Mitarbeiterin ist klar: „Das Wahlergebnis zeigt, dass die Leute eine Veränderung wollen.“

Rechts wählen habe durchaus Tradition in Ter Apel, erzählt Maarten Winkel, ein Mitarbeiter der Gemeinde, der zwanzig seiner bislang dreißig Lebensjahre hier verbracht hat und nach dem Studium aus Groningen zurückkam. Nie jedoch sei das Resultat so drastisch gewesen wie dieses Mal. Auf dem Marktplatz preist ein Fischhändler seine Ware an, vom Hähnchengrill ziehen Röstschwaden herüber. Das

Hat das Land mit seinen Parolen fest im Griff: Wahlsieger Geert Wilders auf einem Plakat an einem Brückenpfeiler in Ter Apel.



FOTO: TOBIAS MÜLLER

KULTUR

GELD UND KULTUR

Überlebenskunst

Isabel Spigarelli

Wahlergebnis zeugt von der verhärteten Stimmung, in der man sich in Ter Apel eingerichtet hat. Die Atmosphäre im Dorf ist angespannt, immer wieder kommt es zu Ladendiebstählen, die mutmaßlich von Bewohner*innen des Anmeldezentrums begangen wurden, auch von Einbrüchen wird berichtet. Maarten Winkel sagt: „Ich bin froh, dass ich hier keinen Laden betreibe.“

Gerüchte und Gefühle

Viele, mit denen man rund um das Einkaufszentrum am Marktplatz spricht, erzählen auch von Fällen sexueller Belästigung von Mädchen und Frauen aus dem Dorf. Junge Männer, die sich als Asylsuchende hier aufhielten, seien dafür verantwortlich. Zu denen, die davon berichten, gehört das Ehepaar Mossing Holsteijn, beide um die 50, und beide haben PVV gewählt. „Nicht, weil Wilders so fantastisch ist, sondern weil das Problem gelöst werden muss“, rechtfertigen sie diesen Schritt. Sie sind der Meinung, „richtigen Flüchtlingen“ müsse ein sicherer Hafen geboten werden, die Probleme würden nur von „einer kleinen Gruppe aus sicheren Herkunftsländern“ verursacht. „Aber darunter leiden auch die Guten“, sagt der Mann, und ergänzt: „Wenn du oft hierher zum Einkaufen kommst, werden deine rassistischen Gefühle enorm verstärkt.“

Es ist ein diffuses Klima, dass in Ter Apel um sich greift, eine Mischung aus Angst, Empörung, Hetze und dem Gefühl zu kurz gekommen zu sein. Das Dorf ist nicht wohlhabend und strahlt das auch aus. Als in den 1990er-Jahren eine Spielefabrik und ein Munitionsdepot der Nato die Türen schlossen, kostete das Hunderte Arbeitsplätze. Damals war das Anmeldezentrum ein willkommener Ersatz. Heute sagt Herr Mossing Holsteijn: „Sie laden alle hier im Norden ab“, und meint damit die Asylbewerber*innen.

Rund um das Einkaufszentrum patrouillieren inzwischen nicht nur ein gewerblicher Sicherheitsdienst in schwarzer Uniform und ein kommunaler in dunkelgrau, sondern auch eine Art Bürgerwehr, die sich „Nachbarschafts-Präventionsteam“, abgekürzt „BPT“, nennt. Landesweit bekannt wurde der Trupp durch mehrere gewaltsame „Verhaftungen“ vermeintlicher Diebe. An diesem Nachmittag gibt es von ihnen keine Spur. Ein Mann mittleren Alters, der aus einem Dis-

count-Supermarkt kommt, zückt hilfsbereit sein Telefon. „Ich kenne jemand vom BPT.“

Gegen Lastenteilung

Doch der Anruf führt nicht zu einem Treffen oder Gespräch. „Sie wollen nicht mit Medien reden“, bedauert er. „Da werden Dinge verdreht, und so entsteht ein seltsamer Eindruck.“ Der Gründer der Bürgerwehr heißt Harry Siemers und hat bereits für die örtliche PVV kandidiert. Auf der Partei-Website schreibt er, die Gründung der Bürgerwehr sei „aus Mangel an Polizei in unserer Gemeinde“ geschehen. Dass das ganze Land nach Ter Apel blickt, diesen Eindruck haben die Mossing Holsteijns nicht: „Wäre das doch so!“, seufzt der Mann. Wie so viele hier fühlt er sich eher im Stich gelassen.

Dabei steht Ter Apel, das randständige Groninger Dorf, tatsächlich im Zentrum einer immer rabiater geführten Asyldebatte. Der Ort ist ein argumentatives Faustpfand der Rechtspopulist*innen und ihrer Forderung, die Grenzen zu schließen, und zugleich eine Projektionsfläche für die Angst ihrer Wähler*innen. „Auch in Ihrer Nachbarschaft werden ausländische Eindringlinge untergebracht“, warnt Wilders. „Unser ganzes Land wird vollgestopft.“ Schon seit der Flüchtlingskrise von 2015 mobilisiert er gegen Wohnheime für Asylsuchende, und nun geht seine Saat auf.

Aktuell kämpft die PVV gegen ein Gesetz, mit dem Menschen, die sich in Asylverfahren befinden, obligatorisch über das ganze Land verteilt werden können, auch gegen den Widerspruch der betroffenen Kommunen. Das Gesetz wurde im vergangenen Herbst bereits vom Parlament verabschiedet. Auch die anderen Parteien, mit denen die PVV derzeit Koalitionsgespräche führt, wollen diese Entscheidung am liebsten rückgängig machen. Der Protest aus den Reihen der Kommunen erinnert an die Mitgliedsstaaten der EU, die sich ebenfalls einer verpflichtenden Verteilung von Flüchtlingen widersetzen. Scheitert ein solidarischer Versuch, die Lasten zu teilen, bleibt anscheinend allein die Abschottung möglich in Ter Apel, den Niederlanden und in ganz Europa.

Tobias Müller berichtet für die woxx aus Belgien und den Niederlanden.

Was ist eine faire Bezahlung für Künstler*innen? Und woran misst man sie? Diese Fragen waren am Donnerstag Thema der Konferenzreihe „Debattekultur, eng Kulturdebatte“ in der Abtei Neimënster sowie im Gespräch zwischen der woxx und den eingeladenen Redner*innen.

Luxemburgs freie Kulturschaffende leben oft am Existenzminimum: 34 Prozent von ihnen verdienen weniger als oder genau den gesetzlichen Mindestlohn, wie aus der Studie „L’emploi du champ culturel: état des lieux statistique“ (Juni 2023) hervorgeht. Umso wichtiger war es, dass in der Abtei Neimënster am Donnerstag über die faire Bezahlung von Künstler*innen und anderen Beschäftigten im Kultursektor diskutiert wurde. Bei der dritten Ausgabe der Konferenzreihe „Debattekultur, eng Kulturdebatte“ drehte sich für Justine Blau (AAPL), Nora Koenig (Aspro), René Penning (Kulturfabrik) und Govinda Van Maele (Filmregisseur) alles ums Geld. Bereits Anfang der Woche tauschten sie sich mit der woxx über das Sujet aus.

Wie lebt es sich also als freischaffende*r Künstler*in in Luxemburg? Blau, Koenig und Van Maele, wenn auch in unterschiedlichen Disziplinen tätig, sind sich einig: Ohne die Unterstützung von Dritten (Familie, Partner*innen, durch den Künstler*innenstatus usw.) ist die Lebenssituation äußerst prekär. „Es sind nach wie vor weiße, von Haus aus gut situierte Künstler*innen, die hierzulande die beste Aussicht darauf haben, von ihrer Kunst leben zu können“, verdeutlicht Koenig.

Prekäres Leben

In der Bildenden Kunst würden die meisten viel arbeiten, aber trotzdem keinen guten Lebensstandard erreichen, so Blau, Co-Präsidentin der AAPL. „Noch dazu sind die Lebens- und Produktionskosten durch die Inflation gestiegen“, fügt sie hinzu. Van Maele unterstreicht, dass es bei der Diskussion um mehr Geld für die Künstler*innen deshalb nicht ausreiche, auf mehr staatliche Mittel zu hoffen. Eine andere Lösung könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle sein, kombiniert mit einer Mietendeckelung. Das käme der ganzen Gesellschaft zugute.

Die zuvor erwähnte Studie offenbart, dass im Jahr 2020 dennoch 2.400 Beschäftigte im Kultursektor freischaffend und exklusiv im Kulturbereich tätig waren. Drei Viertel davon entfielen auf die „Arts visuels“ (29 Prozent), das

„Artisanat d’Art“ (27 Prozent) und den „Spectacle vivant“ (19 Prozent). Erst letztes Jahr kam es zu Gesetzesänderungen bezüglich des Künstler*innenstatus.

Die damalige Abgeordnetenkammer verabschiedete unter anderem ein Gesetz zur Anpassung der Unterstützungsmaßnahmen für freiberufliche Kulturschaffende: Diese brachte vereinfachte Zugangsprozeduren zu finanziellen Beihilfen, die Erhöhung monatlicher Zusatzgelder sowie einen verlängerten Zeitraum für den Zugriff auf die bewilligten Mittel mit sich. Außerdem wurde die Beihilfeberechtigung auf weitere kulturelle Berufsfelder ausgeweitet. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zählen Weiterbildungen und der Besuch pädagogischer Ateliers als Arbeitsnachweis im „Carnet de travail“ der Kulturschaffenden, der wiederum digitalisiert wird. „Zwar haben die Gesetzesänderungen zum Künstler*innenstatus geholfen, doch hat sich die Gesamtlage dadurch nur begrenzt verbessert“, kommentiert Justine Blau die Veränderungen.

In die Gesamtsituation spielen neben den steigenden Lebenskosten in Luxemburg beispielsweise auch die Vertragsverhandlungen mit den Institutionen hinein. „Es ist ein Tabuthema, über Geld zu sprechen“, sagt René Penning, Direktor der Escher Kulturfabrik, hierzu. Dem Kultur- und Kunstsektor fehle es in dem Bereich an Transparenz, auch innerhalb von Produktionsteams. „Es ist unklar, welches Gehalt die Kulturinstitutionen ihren Angestellten zahlen oder wie hoch die Gagen der Künstler*innen sind, die sie beauftragen“, beobachtet er. „Es gibt die Empfehlungen der Aspro, aber davon abgesehen können wir uns an nichts orientieren.“

Die Aspro publizierte ihre Richtlinien, die online auf der Verbandswebsite abrufbar sind, 2021. Seitdem müssten darstellende Künstler*innen und die Institutionen nicht mehr jedes Mal bei null anfangen, denn der Verhandlungsspielraum sei vorgegeben, so Koenig. Für ähnlich hilfreich hält sie das Berufsglossar des Verbands, 2019 veröffentlicht, das genau beschreibt, was in die Aufgabenbereiche der unterschiedlichen Kulturakteur*innen fällt. „Wenn wir Zusatzaufgaben übernehmen, müssen diese entsprechend entlohnt werden“, sagt sie.

Schreibe eine Institution trotzdem ein Projekt gegen unzureichende Vergütung aus, leite die Aspro das Angebot nicht an die Künstler*innen weiter, sondern suche den Dialog mit den Häusern. „Manchen Institutionen ist unklar, was sie wollen: Sie verlangen Qualität, sind aber nicht bereit, dafür zu zahlen“, weiß

Koenig zu berichten. „In dem Fall schicken wir ihnen unsere Tarifempfehlungen und verweisen darauf, dass sie ihr Projekt gegebenenfalls anders ausrichten müssen.“

Die AAPL hingegen hat ihre Tarifverhandlungen vor zwei Jahren aufgenommen, der Prozess ist laut Blau bald abgeschlossen. Die Tarifempfehlungen werden gemeinsam mit dem Kulturministerium entwickelt; die AAPL hat zudem Verbände aus dem Ausland kontaktiert, um von ihrer Expertise zu profitieren. Sie sollen später auf der Verbandswebsite für die Mitglieder zugänglich sein. Blau bestätigt in Bezug auf Pennings Aussagen den Datenmangel und die Intransparenz, wenn es um die Vergütung im Kultursektor geht. Noch dazu seien Fördermittel und Gagen nicht dem Index angepasst, somit jage die AAPL der Aktualität bei den laufenden Tarifverhandlungen hinterher. Umso schwerer sei es, Richtlinien auszuarbeiten.

Im Zuge der Diskussionen würde den Beteiligten aber immer wieder vor Augen geführt, wie wichtig der offene Dialog mit dem Kulturministerium und den Institutionen sowie ein transparenter Austausch unter den Kulturschaffenden sei. Sie könnten viel voneinander lernen. Das Kulturministerium bemühe sich zudem durch die Einführung der „Charte de déontologie“, 2022 publiziert und inzwischen von über 120 Institutionen unterzeichnet, und durch die voranschreitende Umsetzung des Kulturentwicklungsplans (Kep) um faire Grundbedingungen. In der Charta gibt es beispielsweise einen Punkt, nach dem sich die Unterzeichner*innen zur gerechten Entlohnung der Kulturschaffenden verpflichten. „Es besteht auch eine vermittelnde Kommission, bei der Künstler*innen per Mail schlechte Erfahrungen mit Unterzeichner*innen der Charta de déontologie melden können“, so Blau. Auch weiß sie, dass ein „Observatoire de la culture“, eine der Forderungen des Kep, eingeführt werden soll. „Wir sind also auf dem guten Weg“, sagt sie. „Und wir freuen uns, bald unsere Tarifempfehlungen präsentieren zu können.“

Mehr Geld für wen?

In den Kulturinstitutionen selbst ist die finanzielle Situation derweil angespannt, wie René Penning anmerkt. Die Kosten seien „explosionsartig“ gestiegen. Als Institution könne man weder an den Gehältern der Mitarbeiter*innen noch an anderen Ausgaben sparen, die für das Alltagsgeschäft relevant seien. „Das einzige, woran du sparen kannst, sind die Gagen für die Künstler*innen und an Ei-

genproduktionen“, schlussfolgert er.

Um Ausgaben einzusparen, seien in Theatern beispielsweise die Probezeiten reduziert worden. „Was weniger Geld für die Beschäftigten bedeutet“, hebt er hervor. „Umso mehr sind die Kulturschaffenden auf Engagements angewiesen. Sie laufen geradewegs ins Burn-out.“ Für Penning und Blau sind besonders deswegen Künstler*innenresidenzen wertvoll, die nicht auf eine Produktion abzielen. Penning erwähnt die „Squatfabrik“ seines eigenen Hauses, ein Format, das Künstler*innen vier Wochen Raum für Recherchen und Experimente bietet. Die Vergütung liegt bei 3.400 Euro, hinzu kommen insgesamt 500 Euro für Tagesspesen sowie 3.000 Euro für Produktionskosten.

Penning holt weiter aus und kommt auf die Kulturpolitik der letzten Jahrzehnte zu sprechen. Die heutige Kulturszene sei von der Politik der letzten 30 Jahre herbeigesehnt worden. Erna Hennicot-Schoepges (CSV), Kulturministerin von 1995 bis 2004, sei für den Bau zahlreicher Kulturhäuser verantwortlich und habe damit das Fundament für die aktuelle Kulturlandschaft gelegt. „In diese Strukturen und in die Künstler*innen muss man nachhaltig investieren“, sagt Penning. Stattdessen würde der Kulturbereich von der Regierung stiefmütterlich behandelt. „Bei den letzten Koalitionsverhandlungen wurde das Ressort als letztes verteilt“, erinnert er sich. „Noch dazu kam offenbar niemand der dort vertretenen Politiker*innen für den Posten als Kulturminister*in in Frage.“ Das Kulturbudget müsse verteidigt werden und progressiv, gemäß der Entwicklung des Kultursektors ansteigen. Zur Information: 2024 macht das Budget des Kulturministeriums 0,80 Prozent des Staatsbudgets aus.

Koenig beschäftigt dabei vor allem, wo die Gelder hinfließen. Während der Tarifverhandlungen der Aspro seien immer wieder Diskussionen darüber aufgekommen, warum manche Theater und Kulturhäuser die Künstler*innen nicht fair bezahlen könnten. Die Debatte über eine gerechte Entlohnung der Künstler*innen gehe deshalb Hand in Hand mit der finanziellen Förderung der Institutionen – und dafür brauche es unter anderem höher dotierte Konventionen und mehr Hilfgelder des Staates, meint Koenig. Nach dem „État des lieux – théâtre“ (2022), einer Publikation des Kulturministeriums, flossen 2021 rund sechs Prozent der Finanzierungshilfen, sprich vier Millionen Euro, des betreffenden Ministeriums in die Theaterbranche. Im Vergleich: 43 Pro-



Kommen Hilfgelder für die Kulturszene dort an, wo sie gebraucht werden, oder sinnlos ausgegeben?

zent der Fördermittel, also über 28 Millionen Euro, gingen in dem Jahr an die Musikszene.

Ähnliche Fragen zu den Ausgaben der Institutionen stellen sich in der bildenden Kunst. Auch wenn Blau die Professionalisierung der Kunstszene und ihrer Institutionen begrüßt, findet sie, dass das Budget der Kulturhäuser nicht nur erhöht, sondern auch auf überflüssige Kostenpunkte hin analysiert werden sollte. Auch müsse die gemeinsame Nutzung verfügbarer Ressourcen gefördert werden, wie im Kep vorgesehen. Außerdem wäre es gut, wenn die Honorare der freien Kulturschaffenden einen zentralen und klar definierten Kostenpunkt in der Budgetgestaltung darstellen würden. „Es kann nicht sein, dass es immer die Künstler*innen sind, die Kompromisse eingehen müssen“, so Blau.

In dem Sinne stellt sich eine weitere Grundsatzfrage: Auf welcher Basis sollte über das Gehalt von Künstler*innen entschieden werden? Für Koenig ist klar – wer einen Probeplan oder Vertragsbedingungen einhalten kann, muss für seine Leistung bezahlt werden, unabhängig davon, ob die Person anderen Berufstätigkeiten nachgeht oder nicht. Van Maele hinterfragt mögliche weitere Kriterien, wie etwa Bildungsabschlüsse oder den Erfolg: Nicht immer sei der Einstieg in den Kultursektor akademisch begründet und Erfolg sei schwer zu definieren. „Wenn Künstler immer befürchten müssen, dass sie nur Geld erhalten, weil ihr letztes Projekt erfolgreich war“, so Van Maele weiter, „dann

machen sie bald nur noch risikofreie Kunst – und das bedeutet den kreativen Tod.“

Und was ist mit den Argumenten der Philharmonie, im Rahmen der Polemik um das „Fräiraum Festival“? Dort werden die Musiker*innen nicht bezahlt, weil sich die Veranstaltung an Freizeitkünstler*innen richtet und die Teilnahme freiwillig geschieht. Penning und Van Maele sind auf der Seite der Philharmonie. Penning unterscheidet dabei zwischen zwei Umständen. „Wenn sich Freizeitkünstler*innen mit einem Angebot an uns richten oder umgekehrt, steht für mich außer Frage, dass man sich auf ein Vergütungsmodell einigt“, erklärt er. „Ruft eine Institution zur freiwilligen Teilnahme ohne Qualitätskriterien auf, ist das meiner Meinung nach nicht nötig.“

Für Blau lässt die Debatte um das Festival hingegen auf ein allgemeines Unwohlsein in der Kulturszene schließen. Stimmt Bezahlung, Lebens- und Arbeitsbedingungen der Künstler*innen, regten sich vermutlich weniger Menschen über das Festival auf. „Es wird in Zukunft immer mehr semiprofessionelle Künstler*innen geben“, gibt sie wegen der hohen Lebenskosten außerdem zu bedenken. „Viele kompetente und professionelle Künstler*innen, sind auf einen Job angewiesen. Es tut weh, wenn sie für ihre Arbeit nicht bezahlt werden, ganz davon abgesehen, dass es kein Argument gegen eine Gage gibt.“